



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (An der Grenze zweier Zeitalter. Die Polizeifrage in Algerias. Italien als „Bundesgenosse.“ Vom Reichstage. Marine und Kolonien: Die Unterströmungen und das Brechen ihres Widerstands.)

Die augenblickliche Situation zwischen Deutschland und Frankreich macht den Eindruck, als ob wir an der Grenzscheide zweier Zeitalter stünden. Auf der einen Seite die Spannung in Algerias, die, wie das immer unmittelbar vor der Entscheidung zu sein pflegt, in diesem Augenblick ihren Höhepunkt erreicht hat, auf der andern Seite die deutsche Hilfeleistung in Courrières mit der aufopfernden Tätigkeit unsrer westfälischen Mannschaften und der Überweisung von hunderttausend Mark durch das Essener Kohlensyndikat zur Unterstützung der Hinterbliebenen! Der Eindruck davon wird in Frankreich nicht sofort wirksam werden, aber er wird sich allmählich bei allen denkenden Franzosen doch dahin vertiefen, daß es zwischen den Nationen Bande gibt, die höher stehn als die Spekulationen der Diplomatie und der Unternehmergruppen. Es ist schon einmal darauf hingewiesen worden, daß die marokkanische Politik Frankreichs eine verzweifelte Ähnlichkeit hat mit der, die seinerzeit das zweite Kaiserreich nach Mexiko und von da nach Sedan geführt hat. Auch jetzt sind es Spekulantengruppen, die treibend hinter der französischen Regierung stehn, und die die eigentlichen Verantwortlichen sein würden, falls die Konferenz in Algerias in einen Konflikt ausmünden sollte. Vorausichtlich wird das nicht der Fall sein, weil allmählich wohl allen an der Konferenz beteiligten Mächten klar geworden ist, daß Frankreich auf völkerrechtlich unhaltbaren Forderungen besteht und auf der Konferenz eine Miene annimmt, als ob es der gebende und nicht der empfangende Teil sei. Die französisch-englische Abmachung ist für die andern Signatäre der Madrider Konvention absolut unverbindlich; weder Frankreich allein noch Frankreich und England waren berechtigt, sich von ihrer Unterschrift von 1880 loszusagen und über Marokko wie über herrenloses Gut zu verfügen. Hielten die beiden Mächte, hielt namentlich Frankreich Änderungen in Marokko für unabweisbar, so mußten sie vorher die Konferenz einberufen und die von ihnen gewünschten Veränderungen in der internationalen Stellung des Landes vorher genehmigen lassen.

Im gegenwärtigen Stadium der Polizei sind vier Lösungen denkbar: 1. die Annahme des österreichischen Vorschlags, den die Pariser Blätter einstimmig als für Frankreich „unannehmbar“ bezeichnen, 2. ein Abschluß der Konferenz ohne Lösung der Polizeifrage, also Beibehaltung des status quo, 3. Zuteilung von den in Rede stehenden acht Häfen, zwei an Frankreich, zwei an Spanien, vier an Marokko, 4. Hinzunahme eines neunten Hafens für den neutralen Inspekteur, Zuteilung von je vier an Frankreich und Spanien. Da die Lösung immerhin nur à courts durée, d. h. auf drei Jahre erfolgen soll, und die endgiltige Situation Marokkos von den mancherlei wechselnden Phasen der europäischen Politik bestimmt werden wird, so liegt für die Franzosen um so weniger Anlaß vor, nachträglich das von ihnen für die Konferenz angenommene Prinzip der Souveränität des Sultans und der Integrität des Landes zu verleugnen und gegen die starke Stellung anzukämpfen, die Deutschland in dem Festhalten an diesen von allen Mächten anerkannten Grundsätzen hat.

Frankreich verhandelt jetzt von einem Standpunkt aus, als ob Marokko schon sein legitimer Besitz sei, und als ob sich Frankreich nur herablasse, den Mächten und namentlich Deutschland aus Gefälligkeit einige äußerliche Konzessionen zu gewähren. Der Standpunkt der französischen Regierung mag sich dabei seit Delcassés Rücktritt einigermaßen verschoben haben, aber sie unterliegt auch heute noch den Wirkungen der Delcasséschen Politik und dem Einfluß, den dieser den treibenden Finanzgruppen eingeräumt hatte. Diese wollen ihre Pläne, mit denen sie nach Marokko gegangen sind, aufrecht erhalten und nicht durch die Konferenz beschränken lassen. Im wesent-

lichen wird durch diesen Umstand die in Algeciras eingetretene Situation erklärt. Dazu kommt dann, daß sich die französische Regierung den gegnerischen Parteien gegenüber nicht dem Vorwurf des „Kapitulierens vor Deutschland“ aussetzen mag; es wird deshalb schließlich eines sehr starken diplomatischen Drucks bedürfen, Frankreich zu den Zugeständnissen zu zwingen, von denen das Ergebnis der Konferenz abhängt. Wie es scheint, hat die Regierung der Vereinigten Staaten dieser Situation schon Rechnung getragen, und wenn ihr die andern Mächte nicht in gleichem Maße folgen, so hat das darin seinen Grund, daß England und Rußland mit Frankreich liiert sind, und daß Italien, das sich durch heimliche Abmachungen mit Frankreich ebenfalls die Hände gebunden hat, wenig oder gar nicht in Betracht kommt, ebenso das zunächst beteiligte Spanien. Trotzdem wird Italien bald daran denken müssen, seine Haltung so einzurichten, daß falls die Konferenz wider alles Erwarten mit einem Konflikt oder mit einer hochgradigen Spannung endigen sollte, die italienische Politik nicht zwischen zwei Stühle gerät.

Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit, daß es auch im politischen Leben nicht möglich ist, zugleich an zwei Tafeln zu schmelgen. Von dem Augenblick an, wo sich Italien in heimliche Abmachungen mit Frankreich einließ, die es seinem Verbündeten verhehlte, hat sich sein politisches Ansehen und seine internationale Bedeutung sehr vermindert, die Sympathien, deren es sich bisher in Deutschland erfreute, haben eine starke Einbuße erlitten. Das ist nicht mehr eine „Cotratour.“

Der Dreibund hatte für Italien die Bedeutung einer Deckung gegen Frankreich und einer Garantie seiner territorialen Integrität. Möglich ist ja, daß Frankreich den Italienern Garantien geboten hat, auf Grund deren sie der Deckung im Dreibunde entraten zu dürfen glauben. Aber es können sehr wohl Zeiten wiederkommen, und sie werden wiederkommen, wo eine anders gesinnte französische Regierung mit dem Papst ihren Frieden macht und schon dadurch zu Italien in eine wesentlich andre Stellung gerät. Des weitern bot der Dreibund Italien immerhin eine gewisse Sicherheit gegen die Folgen der irredentistischen Agitation, bei der leicht einmal Osterreich der schon sehr lange Geduldfaden reißen kann. Wenn das zu einer Zeit geschehen sollte, wo in Paris papstfreundliche Tendenzen ausschlaggebend sind, so könnte daraus für Italien eine außerordentlich ungünstige Situation entstehen. Ob dann gerade in Deutschland die Neigung noch sehr groß sein wird, einen so unzuverlässigen Bundesgenossen zu decken, mag dahingestellt bleiben. Sedenfalls hat Italien bei der ersten Gelegenheit, bei der es sich darum handelte, ernstlich Farbe zu bekennen, versagt.

Auffallend ist die Haltung der französischen Blätter, die fast ausnahmslos die Tendenz zur Schau tragen, als wäre ihnen die Verständigung mit Deutschland nicht nur sehr erwünscht, sondern eine Notwendigkeit, während sie zugleich insgesamt der Parole folgen, daß sich Frankreich höchstens einen Generalinspektor schweizerischer oder holländischer Nationalität gefallen lassen könne, der sich durch Reisen überzeugen möge, daß sich die in Marokko zu organisierende Polizei nicht zu einer französischen Armee auswachse. Aber sie lehnen es zugleich einmütig ab, daß „neben dieser großen Konzeption,“ wie *Matin*, *Temps*, *Gaulois* und *Eclair* ein solches Zugeständnis bezeichnen, mit diesem Inspektorat zugleich das Hafentor in Casablanca verbunden oder hierfür irgend ein anderer Offizier dort eingesetzt werde als ein französischer oder ein spanischer. In dieser Forderung prägt sich am deutlichsten aus, daß Frankreich in der Meinung zum Kongreß gegangen ist, es könne Marokko als seinen Besitz ansehen und die Signatarmächte, namentlich Deutschland, mit einigen Außerlichkeiten abfinden, während tatsächlich das Verhältnis umgekehrt ist, denn die Konferenz allein hat das Recht, festzusetzen, in welchem Umfange sich Frankreich über die Konvention von 1880 hinaus in Marokko betätigen darf. Der *Temps* vom 12. März spricht sich dahin aus, daß Frankreich jedes Zugeständnis viel teurer zu stehen komme als Deutschland, denn Frankreich habe in Marokko unmittelbare politische Interessen, Deutschland verteidige nur abstrakte Prinzipien, die weder seine Sicherheit

noch seine Zukunft betreffen. Es ist merkwürdig, mit welcher Leichtigkeit sich die französische Presse über die Tatsache hinwegsetzt, daß es sich für Frankreich um einen diplomatischen Raubzug, für Deutschland um die Verteidigung eines vertragsmäßigen völkerrechtlichen Zustandes handelt. Im übrigen meinen wir, daß wenn die Polizei eine marokkanische sein soll, die Offiziere vom Sultan ernannt und marokkanische Staatsbeamte werden müssen, der Sultan auch das Recht der Organisation haben muß, und daß Frankreichs Beharren auf der Forderung, auch in Casablanca einen jeder internationalen Einwirkung entzogenen Offizier einzusetzen, dem Prinzip der Souveränität des Sultans direkt zuwiderläuft. Für den „souveränen“ Sultan besteht keinerlei Verpflichtung, die Häfen seines Landes nur Franzosen oder Spaniern einzuräumen, und Frankreich hat nicht das allergeringste Anrecht auf diesen Anspruch. Es steht somit, auch nach dem Ausspruch des Vertreters der Vereinigten Staaten, fest, daß die Verantwortlichkeit für das Scheitern der Konferenz nur Frankreich zufallen würde.

Die Arbeiten des deutschen Reichstags haben einen erfreulichen Zug in der Behandlung der Flottennovelle und des Marineetats in der Budgetkommission zu verzeichnen, deren Forderungen im ganzen mit wenig bedeutenden Abstrichen angenommen worden sind. Mag unter diesen immerhin die eine oder die andre Forderung sein, auf die die Marine nur schwer Verzicht leisten könnte, und die im Plenum wiederherzustellen sie jedenfalls versuchen wird, so liegt doch in diesem Verhalten der Kommission ein recht bemerkenswertes Vertrauensvotum für die Marineverwaltung wie auch eine patriotische Rücksicht auf die Zeitlage. Die Flottennovelle beruht bekanntlich auf einem Ausbau des Flottengesetzes, dessen Grundlagen durchaus intakt erhalten bleiben müssen. Es ist eine ernstliche Notwendigkeit für den Staat, daß an den Fundamentalbestimmungen dieses Gesetzes nicht gerührt wird. Das Flottengesetz erst hat der Flotte die festen Grundlagen gegeben, deren sich die Armee seit Jahrzehnten und länger erfreut. Würden diese Grundlagen jetzt wieder in Frage gestellt, so wäre es sehr zweifelhaft, ob man andre dafür erhalten würde, und ob nicht die ganze weitere Entwicklung der Flotte dadurch ins Schwanken geriete. Man kann verschiedner Ansicht sein, ob nicht auch innerhalb dieser Grenzen ein beschleunigter Ersatz der für die große Seeschlacht nicht mehr brauchbaren Schiffe hätte versucht werden können, aber die Marine mußte ihren Vorschlag der Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches unterordnen und hat sich darum mit weiser Berechnung auf das Notwendigste und das Dringendste beschränkt, auf die Erbauung von Panzerkreuzern, auf Personalvermehrung und auf Displacementsvergrößerung, drei Forderungen von so großer finanzieller Tragweite, daß es kaum möglich gewesen wäre, mit noch weitern vor den Reichstag zu treten. Diese Selbstbeschränkung gerade ist es, die im Reichstage großen Anklang gefunden und den Parteien die Bewilligung um so mehr erleichtert hat, als von „uferlosen Flottenplänen“ bei den Gegnern jetzt nicht mehr die Rede sein kann. Wer sich den Widerstand in die Erinnerung zurückeruft, den vor zehn Jahren fast alle Flottenvorlagen im Reichstage gefunden haben, wird zugeben müssen, daß sich, was das Verständnis für die Flotte und ihre Aufgaben anlangt, in der deutschen Volksvertretung ein erfreulicher Umschwung vollzogen hat, eine so wertvolle Errungenschaft, daß es unverantwortlich sein würde, sie durch zu weit gehende Forderungen, die den Rahmen des Gesetzes überschreiten, wieder in Frage zu stellen.

Sehr im Gegensatz zu der glatten Erledigung der Wünsche der Marine steht die Behandlung, die der Kolonialverwaltung im Reichstage zuteil wird. Vor allen Dingen ist es eine große Unbilligkeit, den erst seit so kurzer Zeit an die Spitze der Kolonialabteilung berufenen Erbprinzen von Hohenlohe für alle die Sünden verantwortlich zu machen, die unter seinen Amtsvorgängern, nicht infolge eines Schlendrians der Verwaltung, sondern meist durch den Umstand begangen worden sind, daß sich sowohl die Beamten und die Offiziere in den Kolonien wie die Räte im Amt in Berlin in völlig neue, ihnen unbekannte Verhältnisse einleben

mußten. Für die Beamten draußen kamen dabei die Einwirkungen eines ungewohnten Klimas in Betracht, nicht minder ihre isolierte Stellung inmitten unendlicher Landstrecken und einer eingebornen Bevölkerung, deren richtige Behandlung von jedem neu angekommenen Weißen erst wieder erlernt werden mußte und je nach Temperament, Charakter usw. anders ausfiel. Wenngleich wir seit zwanzig Jahren kolonisieren, sind wir dennoch völlig Neulinge in dieser Arbeit. Zwei Jahrzehnte genügen durchaus nicht, alle die Erscheinungen kennen zu lernen, die bei der kolonialen Arbeit berücksichtigt werden müssen. Für Deutschland kam dabei noch ganz besonders in Betracht, daß die Mittel für eine planmäßige Arbeit im größeren Stil teils nicht vorhanden waren, teils vom Reichstag verjagt wurden. Deshalb fehlte dem deutschen Kapital das Vertrauen, sich in ausreichendem Umfange an dieser Arbeit zu beteiligen. Auch die Anschauungen der leitenden Stelle haben wiederholt gewechselt. Fürst Bismarck wollte die Kolonien durch große Kolonialgesellschaften, durch „den königlichen Kaufmann“ in die Höhe bringen und verwirklichen lassen, ein Gedanke, der sich nicht bewähren konnte, teils weil die Gesetzgebung dazu nicht ausreichte, teils weil es auf die Dauer nicht anging, daß diese Erwerbsgesellschaften auch die staatlichen Hoheitsrechte ausübten und dadurch in ein mißliches Verhältnis zu ihren Konkurrenten gerieten, wie das in Neu-Guinea und in Ostafrika der Fall gewesen ist. Dieser Umstand mag auch mit dazu beigetragen haben, auf größere Beteiligungen des deutschen Kapitals entmutigend einzuwirken.

Unter dem General von Caprivi galt bekanntlich der Grundsatz: „Je weniger Afrika, desto besser.“ Der Verkauf Südwestafrikas wurde ernstlich erwogen, weil niemand da war, der den Besitz zu erschließen und zu verwerten vermochte. Die Abneigung des Generals gegen den Kolonialbesitz hatte sich schon in der Zeit bekundet, wo er noch Chef der Admiralität war und sei es für militärisch-politische Zwecke, sei es für dringende Vermessungsarbeiten niemals ein Schiff von ihm zu erhalten war. Fürst Hohenlohe faßte den Kolonialgedanken richtiger und wohlwollender auf, es fehlten ihm aber die Organe für die Durchführung. Erst der jetzige Reichskanzler trat der kolonialen Arbeit im vollen Bewußtsein ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung wieder näher, aber ein volles, nie wieder einzubringendes Jahrzehnt war inzwischen ungenutzt darüber hingegangen. Die ganze Zeitentwicklung hatte einerseits die Notwendigkeit für Deutschland dargetan, sich Exportmärkte für die Erzeugnisse seiner Industrie zu sichern, andererseits den Anbau der von ihm zu importierenden Rohprodukte auf eignem Gebiete zu entwickeln. Zugleich trat auch die ideale Bedeutung des Kolonialgedankens für unser innerpolitisches Leben entscheidend in den Vordergrund. Dasselbe Südwestafrika, das General von Caprivi an die Engländer verkaufen wollte, mußte mit einem ungeheuern Aufwand von materiellen Mitteln und mit Strömen deutschen Blutes gegen einen großen, auch heute noch nicht beendeten Aufstand verteidigt werden, unter den denkbarsten Schwierigkeiten für die Armee, deren Leistungen, sowohl die der Offiziere wie die der Mannschaften, die höchsten Erwartungen fast noch übertroffen und unter schmerzlichen Verlusten den Beweis gebracht haben, daß der Selbennut der Väter, ihre Pflichttreue, ihre Opferwilligkeit in vollem Maße auf die heutige Generation übergegangen sind.

Von dem Augenblick an, wo sich an der leitenden politischen Stelle der Wille bekundete, Deutschlands Kolonialbesitz mit fester Hand zu entwickeln und zu pflegen, nahm die Neigung des deutschen Kapitals, die Kolonien auszubauen, in erfreulichem Maße zu, die schnelle Entwicklung von Tjingtau durch die Marine weckte bei der obersten Kolonialbehörde einen erspriesslichen Wettifer. Mag nun immerhin das Bestreben des Reichstags, die Kolonialverwaltung von vorhandenen Schlacken zu reinigen, anerkennenswert sein, so darf das doch nicht soweit ausarten, die Verwaltung sowie ihre Organe in Afrika in übertriebener Weise zu diskreditieren und in dem Augenblick, wo durch die Errichtung eines selbständigen Kolonialamts eine neue Ära der kolonialen Arbeit bezeichnet werden soll, dieser Verwaltung die größten

Schwierigkeiten in den Weg zu legen, aus Gründen, die nicht immer ganz lauterer Natur sind. Der Abgeordnete Erzberger, das enfant terrible der Zentrumsfraktion, ist dabei so weit gegangen, daß er von dem Führer der Partei, dem Abgeordneten Spahn, öffentlich desabouiert worden ist, mit welchen Folgen, steht noch dahin. Aber es scheint sich immer mehr zu bestätigen, daß in der Zentrumsfraktion eine starke Strömung vorhanden ist, die ein selbständiges Kolonialamt mit dem Prinzen Hohenlohe an der Spitze ablehnt oder aber die Zustimmung von Bedingungen abhängig macht, die für die Regierung unannehmbar sind. Sobald der Reichskanzler fest und entschlossen erklärt, die Verantwortlichkeit für die Kolonialverwaltung ohne ein selbständiges Kolonialamt mit einem Kolonialsekretär an der Spitze nicht weiter tragen zu können, wird er auch diesen Widerstand brechen, der sich vielleicht weniger in Herrn Erzberger als in solchen Strömungen innerhalb der Kolonialverwaltung konzentriert, die Grund haben, sich der festen Leitung einer selbständigen Hand möglichst zu entziehen.

S

Johannes Müller. Zu den Männern unsrer Zeit, die so eifrig die Tür zum wahren Glück, zum wahrhaft menschlichen und darum wahrhaft göttlichen Leben suchen, gehört Dr. Johannes Müller. Er glaubt in der Losung „persönliches Leben“ den Schlüssel gefunden zu haben, gibt „Blätter zur Pflege persönlichen Lebens“ heraus, und die starken Auflagen der kleinen Bücher, die er veröffentlicht, beweisen, daß sich ein Jüngerkreis um ihn gesammelt hat. Der macht ihm bange. Wie er in dem Buche „Von den Quellen des Lebens“ (München, C. F. Beck, 1905) sagt, fürchtet er, die Leser möchten sich aus seinen Worten eine Lebenstheorie zurecht machen, um sich nach ihr bei jedem Schritt zu richten. Aber theoretisieren und reflektieren sei gerade das größte Hindernis für den, der sich selbst finden wolle. Beim Leben nach Vorschrift könne nichts ursprüngliches herauskommen. „Woran uns liegt, ist das genaue Gegenteil einer solchen Dienstbarkeit unter theoretischen Vorlagen [und Vorschriften]. Wir wollen, daß das freie Leben unsers Selbst mit seinen unmittelbaren Äußerungen in uns erwache, wir wollen, daß unser Genius in uns lebendig werde und uns in jedem Augenblick sage, was wir zu tun haben [wobei zu fragen wäre, wie viel Menschen einen solchen Genius haben mögen], wir wollen instinktiv das für uns Richtige treffen. Deshalb steht über dem Eingang zu diesem Leben das Wort: Wenn ihr nicht werdet wie die Kinder, könnt ihr nicht in sein Reich kommen.“ „Die Bergpredigt“ (in demselben Verlag) ist ein beachtenswerter Versuch, diese Magna Charta der Christenheit vor dem Schicksal zu bewahren, dem sie so oft verfallen ist, entweder philisterhaft verwässert oder in Tolstois Weise für Torheiten gemißbraucht zu werden. „Beruf und Stellung der Frau“ enthält nicht gerade Neues, aber Schönes und Nützliches. Den Standpunkt des Verfassers mögen zwei Stellen andeuten. „Die Anschauung, daß durch eine ideale Neuordnung der Dinge, wenn sie überhaupt durch Verordnungen und Maßregeln eingeführt werden kann [könnte!], die Menschen zu der Höhe ihrer Bestimmung geführt werden können [könnten], ist ein Irrtum und ein Verhängnis, das lähmt und den Menschen verführt, den Angelpunkt seines Geschicks wo anders zu suchen als in sich selbst. Wir finden diese Grundtäuschung in der Frauenbewegung ebenso wie im Sozialismus.“ „Zwischen Prüderie und verwilderter Sinnlichkeit ist die naive Keuschheit so sehr verloren gegangen, daß man auf beiden Seiten erklärt, sie sei überhaupt nicht möglich. Das ist aber nicht wahr, sondern für jeden gesunden und natürlichen Menschen ist sie das Nächstliegende.“



Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig